



© Route55 / Shutterstock.com

Erkundungsmission des EWSA zur Situation der Flüchtlinge – Die Perspektive der Organisationen der Zivilgesellschaft



BERICHT ÜBER DIE INFORMATIONSREISE
NACH GRIECHENLAND
16.-18. DEZEMBER 2015



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Bericht über die Informationsreise nach Griechenland, 16.-18. Dezember 2015

Im Dezember 2015 und Januar 2016 besuchten Delegationen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) elf EU-Mitgliedstaaten, um zivilgesellschaftliche Organisationen, die mit Migranten arbeiten, zu treffen und sich über Probleme, Erfordernisse, Misserfolge, Erfolgsgeschichten und bewährte Praktiken der verschiedenen Akteure in der aktuellen Flüchtlingskrise zu informieren, wobei das übergeordnete Ziel darin bestand, einen Beitrag zur EU-Politikgestaltung zu leisten. Mitglieder der Delegation, die nach Griechenland reiste, waren Ivoni Pari (Griechenland, Gruppe Arbeitgeber), Nicos Epistithiou (Zypern, Gruppe Arbeitnehmer) und Cristian Pirvulescu (Rumänien, Gruppe Verschiedene Interessen). Begleitet wurden sie von Jean-François Bence, Direktor in der Direktion C, und Panagiota Theodoropoulou, Verwaltungsrätin im Kabinett des Präsidenten. Die Mitglieder besuchten die Insel Lesbos (an der griechisch-türkischen Grenze) sowie Idomeni (an der Grenze Griechenlands zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien).

1. Tag der Reise – Lesbos, 16. Dezember

Treffen in Mytilini mit der lokalen NGO Iliachtida

Die NGO Iliachtida gehört zum Netzwerk "Chorio tou oloi mazi" und kämpft gegen die Ausgrenzung gefährdeter Gruppen durch Beratung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Mitglieder erfuhren, dass die verstärkten türkischen Kontrollen gegen Schleuser in Izmir nur dazu geführt haben, dass die Menschen auf der anderen Seite der Insel landen. Das bürgerschaftliche Netzwerk "Chorio tou oloi mazi" hat beschlossen, das Kinderferienlager PIKPA für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Seit dem Sommer 2013 ist das PIKPA-Ferienlager ein selbstverwaltetes Zentrum, das gefährdeten Zuwanderern mit dauerhafter Bleibeperspektive Unterkunft, Versorgung mit Lebensmitteln und gesundheitliche Grundversorgung bietet. Der enorme Zustrom von Flüchtlingen im Jahr 2015 (Tausende pro Tag) hat viele, zum Teil finanziell sehr gut ausgestattete Organisationen bewogen, nach Lesbos zu kommen. Diese Organisationen konkurrieren um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sowie um den Zugang zu Mitteln. Obwohl es derzeit täglich mehrere Koordinierungssitzungen des UNHCR gibt, ist die Koordination nach wie vor mangelhaft. Medizinische Notfälle werden an das Krankenhaus überwiesen, allerdings fehlen infolge der Krise Fachärzte: Die Organisation "Ärzte ohne Grenzen" versucht verzweifelt, diese Lücke zu schließen.

Treffen in Mytilini mit der internationalen NGO Pro Asyl und Vertreten des Netzwerks "Chorio tou oloi mazi"

Pro Asyl ist eine in Deutschland ansässige Menschenrechtsorganisation, die seit dem Sommer 2015 ständig auf Lesbos vertreten ist. "Chorio tou oloi mazi" fördert Initiativen von Einzelnen und Gruppen unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Ernährung, Tauschwirtschaft, Unterstützung für Migranten, Bildung, Umwelt. Ein Rechtsanwalt von Pro Asyl teilte mit, dass Pro Asyl dank dem "Aegean Refugee Support Programme" auch Menschenrechtsverstöße an Grenzübergängen melden, bei schweren gesundheitlichen Problemen Hilfe leisten und den am meisten schutzbedürftigen Gruppen Rechtsberatung geben kann. Ansprechpartner bei Pro Asyl für schutzbedürftige Personen ist ein Sozialwissenschaftler. Die Organisationen bemühen sich, Opfer von gesunkenen Flüchtlingsschiffen an NGO zu vermitteln, die ihnen helfen können. Oft arbeiten sie mit türkischen

Netzwerken zusammen, um die Insassen verunglückter Flüchtlingsboote zu finden. Zwar stehen Ärzte verschiedener NGO bereit, doch gibt es kein eigenes Behandlungszentrum für Flüchtlinge.

Alle Asylbewerber/Migranten meinten, es gebe erhebliche Überschneidungen bei der Arbeit der verschiedenen Organisationen, was zu einer Verschwendung personeller und materieller Ressourcen führe (z.B. wenn mehrere Organisationen gleichzeitig Essen für ein und dieselbe Gruppe von Flüchtlingen bereitstellen). Auch sei nicht immer zufriedenstellend oder ausreichend geklärt, wer wofür zuständig sei (so erhalten in Kara Tepe nur Syrer kostenlose Zelte). Mitunter werden Gegenstände falsch verwendet, so etwa von UNICEF verteilte Decken: Wenn die Flüchtlinge stundenlang im Regen warten müssen, werden die Decken nass und müssen weggeworfen werden.

Das PIKPA-Lager erhielt drei Jahre keine finanzielle Unterstützung, jetzt gibt es Spendengelder zur Verbesserung der Infrastruktur, etwa für stabilere Zelte. Es ist nach wie vor die am besten geeignete Unterkunft auf der Insel und versorgt Flüchtlinge und Migranten nach wie vor mit Essen, auch jene, die im Aufnahmезentrum Moria leben. Asylsuchende/Migranten teilten die Auffassung, dass striktere Kontrollen in der Türkei zu mehr Zurückweisungen führen werden, so dass letztlich mehr Menschen auf dem Meer umkommen. Während sich die freiwilligen Helfer ohne Pause für den Schutz der Flüchtlinge und Migranten einsetzten, hielten sich Beamte und professionelle Helfer streng an die regulären Arbeitszeiten.

Sie wiesen auf folgende Probleme hin: keine vorrangige Behandlung besonders Schutzbedürftiger bei der Registrierung, die Ungleichbehandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit bei der Registrierung, die extrem langsame Registrierung und Umverteilung, das Fehlen adäquaten Personals und adäquater Ressourcen für die Registrierung, die Tatsache, dass ausländische Beamte aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht bei der Abnahme der Fingerabdrücke der Migranten helfen dürfen, sowie die Tatsache, dass die Frontex-Beamten nur bis 15.00 Uhr arbeiten. Folteropfer bzw. Schwangere würden nicht weiterverwiesen. Sie berichteten ferner, dass unbegleitete Minderjährige solange inhaftiert werden, bis sie in ein Aufnahmезentrum für minderjährige Flüchtlinge gebracht werden, dass die Bereitschaftspolizei mit Tränengas und Gewalt vorgeht, dass Bestechungsgeld gezahlt wird, damit Migranten schneller registriert werden und dass die Migranten hohe Preise für die Überfahrt nach Athen oder für das Aufladen ihrer Handys zahlen müssen. Sie schlugen die Ernennung eines ständigen Koordinators vor, der mit den lokalen Besonderheiten und der Flüchtlingsfrage gut vertraut ist. Zudem solle ein Einsatzzentrum eingerichtet werden, das rund um die Uhr Zuständigkeiten zuweist und in Notfällen reagiert. Sie betonten ferner, dass in den Krankenhäusern mehr Ärzte eingesetzt werden müssen.

2. Tag der Reise – Lesbos, 17. Dezember

Besuch im Flüchtlingslager PIKPA

Viele der Zelte im PIKPA-Lager bestehen aus Plastikteilen der Boote, mit denen die Flüchtlinge und Migranten nach Griechenland gekommen sind. Die Mitglieder hatten Gelegenheit, mit einem Syrer zu sprechen, der gerade als Flüchtling anerkannt worden war und in dem Lager gelebt hatte, sowie mit einer syrischen Familie, die auf ihre Registrierung wartete.

Besuch im Hotspot Moria

In diesem Hotspot werden die Flüchtlinge und Migranten registriert und können Asyl beantragen und sich um eine Umverteilung bemühen. Der Hotspot Moria besteht aus zwei Bereichen. Ein Bereich ist für jene Menschen bestimmt, die nach erstem Anschein Flüchtlinge gemäß den UNHCR-Leitlinien sind (Menschen aus Syrien, Eritrea, der Zentralafrikanischen Republik, Jemen), der andere Bereich für die übrigen Menschen vorgesehen (Afghanen, Iraner, Marokkaner usw.). Die Mitglieder wurden von dem neu eingesetzten Direktor des Lagers, Herrn Kourtis vom Innenministerium, begrüßt, der erklärte, die Bewertung und Bestimmung der Staatsangehörigkeit werde von Frontex übernommen. Er zeigte den Mitgliedern die Büros, in denen die Fingerabdrücke genommen werden. Ein leitender Polizeibeamter des Zentrums erläuterte den Mitgliedern, dass die Registrierung im zweiten Bereich, der für Menschen anderer Staatsangehörigkeit bestimmt ist, langsamer vorangehe, weil dort viele Neuzugänge zu verzeichnen seien und Frontex, anders als im ersten Bereich, keine Unterstützung leiste. Zum Zeitpunkt des Besuchs der Mitglieder in Moria schliefen viele Menschen in Zelten unter Olivenbäumen oder standen Schlange, um sich registrieren zu lassen. Vor dem Lager befanden sich Stände, an denen die Flüchtlinge und Migranten gegen Entgelt ihre Handys aufladen konnten, sowie Imbissstände und Kioske. Es gab Schilder in verschiedenen Sprachen, auf denen erklärt wurde, wo sie sind und wo sämtliche Verfahren stattfinden.

Treffen mit der griechischen NGO Praxis sowie einem Vertreter der NGO "Save the children" in Moria

Kollegen der NGO Praxis erklärten, dass die beiden Organisationen in einem gemeinsamen Notfallprojekt für unbegleitete Minderjährige zusammenarbeiten, bei dem es um den Schutz und die bessere Integration von Kindern in Griechenland geht. Sie zeigten den Mitgliedern den Teil des Lagers Moria, in dem unbegleitete Kinder für mehrere Wochen inhaftiert werden, bevor sie in andere Unterkünfte gebracht werden. Sie sagten, sie betreuten die Kinder an den Wochenenden. Praxis hat Räumlichkeiten in der Stadt Mytilini angemietet, in denen bis zu sechs Kinder Platz haben. Dabei handelt es sich um die am meisten schutzbedürftigen Minderjährigen. Beide erklärten, man habe Psychologen und Sozialarbeiter, die versuchten, die familiäre Situation jedes Kindes und seine familiären Wurzeln zu ermitteln und Verwandte in anderen Mitgliedstaaten zu finden usw. Leider wählen die meisten Kinder wegen der Langwierigkeit des Umverteilungsverfahrens nicht die Möglichkeit, zu ihren legal in anderen EU-Staaten wohnenden Verwandten zu ziehen. Sie erklärten den Mitgliedern ferner, dass die Kriterien, nach denen festgestellt wird, wer ein Flüchtling ist und wer nicht, willkürlich seien und dass dabei nicht ausschließlich das Herkunftsland eine Rolle spielen dürfe. Damit würden viele Kinder diskriminiert, die von dem Umverteilungsverfahren ausgeschlossen seien.

Treffen mit einer Vertreterin des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) sowie Vertretern des griechischen Asylendienstes in Moria

Die Rolle des EASO konzentriert sich in Griechenland auf die Bereitstellung von Informationen über Asyl- und Umverteilungsverfahren, die Ermittlung gefälschter Dokumente während der Registrierung, die Suche nach den am besten geeigneten Mitgliedstaaten für die Umverteilung der Bewerber sowie die Vorbereitung der Transfers. Die Vertreterin teilte mit, dass sich nach wie vor sehr wenige Menschen um eine Umverteilung bemühen. Dafür gebe es im Wesentlichen drei Gründe: 1. Die anderen Mitgliedstaaten nehmen nach wie vor nur sehr wenige Flüchtlinge im Rahmen der

Umverteilung auf. 2. Die Flüchtlinge befürchten, dass sie am Ende in ein Land geschickt werden, in dem sie nicht überleben können oder in dem sie nicht genug Anknüpfungspunkte haben (Familie, Sprache, soziale Netze), da nicht immer auf ihre Präferenzen eingegangen wird. 3. Die Umverteilung ist nur bei Menschen aus ganz bestimmten Ländern möglich. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass es einige Zeit dauert, bis die Länder reagieren, deshalb seien viele Flüchtlinge und Migranten erschöpft und wollten weiterziehen. Nach Aussagen der Vertreter des griechischen Asylendienstes hat die Polizei vor kurzem Anweisung erhalten, Menschen aus Marokko, Tunesien und Algerien festzunehmen. Da jedoch keine Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, um sie zu inhaftieren, bleiben diese Personen unregistriert und können Lesbos nicht verlassen. Am Zaun des Aufnahmezentrums hing ein Schild, wonach an Staatsangehörige dieser drei Länder keine Tickets für die Fähren verkauft werden dürfen.

Besuch im Lager Kara Tepe

Kara Tepe ist ein Flüchtlingslager, dessen Nutzungszweck sich immer wieder ändert. Sein Direktor, Stavros Mirogiannis von der Gemeinde Mytilini, erläuterte den Mitgliedern des EWSA bei ihrem Besuch, dass sich dort nur syrische Flüchtlinge und Migranten aufhielten und dass es nicht mehr als Registrierungslager genutzt werde.

Treffen mit der stellvertretenden Bürgermeisterin von Lesbos im Rathaus

Die 2014 gewählte stellvertretende Bürgermeisterin ist zuständig für gemeinnützige Organisationen, Jugend und Bürgerservice. Bei dem Treffen war auch ein Vertreter des Bürgermeisters von Lesbos anwesend. Beide Gesprächspartner berichteten, dass die Gemeinde bisher zwei Millionen Euro für die Aufnahme der Flüchtlinge ausgegeben habe (Reinigung, Gesundheit, Unterbringung usw.). Sie wiesen darauf hin, dass Rettungsschwimmer und Beamte für die Registrierung gebraucht werden. Die NGO führten zwar wöchentliche Koordinierungssitzungen durch, doch gebe es keine zentrale Kontrolle. Die NGO müssten registriert und überprüft werden. Sie schlugen vor, die Registrierung der Migranten solle in erster Linie in der Türkei stattfinden. Die EU solle Fähren einsetzen, die die Flüchtlinge sicher von der Türkei nach Griechenland bringen. Die Schleuser verwendeten sehr oft unbrauchbare Schwimmwesten, so dass die Menschen ertrinken. Die stellvertretende Bürgermeisterin habe aktiv an Rettungsmissionen teilgenommen. Der Anblick ertrunkener Kinder sei furchtbar.

Treffen mit Vertretern des UNHCR in Mytilini

Im vergangenen Sommer wurde das Büro des UNHCR in Griechenland zu einem internationalen Büro und erhielt damit mehr Finanzmittel und die Möglichkeit, mehrere internationale Vertreter in Risikogebieten in Griechenland, einschließlich Lesbos, einzusetzen. Der UNHCR-Koordinator auf Lesbos erklärte, man unterstütze gegenwärtig die Koordinierung durch den griechischen Staat, die verbessert werden müsse. Man arbeite an der humanitären Hilfe und dem Aufbau von Kapazitäten in den Hotspots. Im Norden sei die Infrastruktur besser ausgebaut. Dort habe das UNHCR einen Bustransfer mit einer Kapazität von 1 000 Plätzen vom Ufer in die Registrierungslager eingerichtet. Es leiste lebensrettende Hilfe und verfüge über Rettungsschiffe, die Flüchtlingen und Migranten zeigen, wo sie sicher von Bord gehen können. Für den Winter werden derzeit beheizbare Unterkünfte geschaffen. Es sei zu beobachten, dass die Boote der Flüchtlinge wegen der Patrouillen derzeit den Süden ansteuern. Sie empfehlen die Verlegung der Aufnahmedienste an einen Ort, wo die Menschen

ein oder zwei Tage bleiben können, unabhängig davon, woher sie kommen. Wenn die Lager Moria und Kara Tepe ausgelastet seien, könnten auf diese Weise immer noch Flüchtlinge aufgenommen werden (ein Ort mit einer Kapazität von 10 000 bis 15 000 Menschen). Nach Aussagen der Flüchtlinge und Migranten hätten die Kontrollen in der Türkei zugenommen. Trotzdem kommen nach wie vor Menschen an. Das Verfahren der Umverteilung werde durch die Bearbeitungszeit und die wenigen Zusagen der anderen Mitgliedstaaten erschwert. Das UNHCR beabsichtige, seine Präsenz in Lesbos durch Eröffnung eines eigenen Büros auszubauen.

Treffen mit einem Vertreter von Frontex im Hafen von Mytilini

Die EWSA-Mitglieder trafen mit einem Vertreter von Frontex im Frontex-Büro im Hafen von Mytilini zusammen. Der Vertreter erklärte, Frontex sei nur zu einem geringen Grad in die Grenzkontrolle eingebunden, im Grunde handele es sich um eine umfassende humanitäre Operation, es gebe 4 Such- und Rettungsschiffe aus Schweden, Portugal und Norwegen. Auf die Frage der Mitglieder, ob Frontex an Zurückweisungen beteiligt sei, antwortete der Vertreter, nach internationalem Recht sei es nicht möglich, diese Menschen zurückzuschicken. In Moria arbeiteten 70 internationale Frontex-Mitarbeiter und 17 Griechen. Die Zusammenarbeit mit der griechischen Polizei sei gut. Ende Oktober habe man begonnen, die Fingerabdrücke der Migranten zu nehmen. Dies sei nicht einfach, da die Eurodac-Geräte auf Griechisch seien. Die neue RABIT-Operation wurde kurz vorgestellt, die jedoch wahrscheinlich nicht über eigene Mittel verfügen werde. Es sei aber mehr Personal vorgesehen. Der Flüchtlingsstrom werde nicht nachlassen, auch wenn einige Schleuser verhaftet werden. Man sei nicht davon überzeugt, dass Griechenland nicht in der Lage sei, die EU-Außengrenzen zu schützen.

Treffen mit einem Vertreter des International Rescue Committee (IRC)

Das IRC hat ein Notfallteam entsandt, dem Koordinatoren, Logistiker, Ärzte, Fachleute für Wasser und sanitäre Grundversorgung, Experten für den Schutz von Menschenrechten, die besonderen Bedürfnisse von Kindern in Krisenzeiten, die Prävention sexueller Gewalt und die Hilfe für Vergewaltigungsopfer angehören. Das IRC sei dabei, ein ständiges Büro in Lesbos einzurichten, erstmalig in einem Industrieland. Es betreibe 26 Büros in den USA, die sich mit Fragen der Neuansiedlung und all dem befassen, was durch Fundraising finanziert werde (Wasser und sanitäre Grundversorgung, Transport, Schutz). Derzeit werde ein eigenes Transitzentrum für Flüchtlinge im Norden eröffnet. Probleme gebe es mit der Koordinierung auf Lesbos. Die Lage ändere sich immerzu und sehr rasch, die Logistik sei eine Katastrophe, die Menschen wüssten nicht, was sie tun und wohin sie gehen sollten, und es gebe Probleme im humanitären Bereich. Auch sei nicht klar, was mit den Menschen geschehen solle, denen kein Asyl gewährt werde. Alle konzentrierten sich auf die Hotspots, aber Marokkaner, Algerier und Tunesier würden nicht registriert, denn sonst müssten sie inhaftiert werden, wofür es aber keinen Platz gebe.

3. Tag der Reise – Idomeni, 18. Dezember

Ankunft in Idomeni, Treffen mit freiwilligen Helfern der Gruppe "Volunteers Kilkis Refugees Idomeni"

Diese lokale Gruppe von Freiwilligen hat Flüchtlinge und Migranten in dem genannten Gebiet unterstützt und ihre Grundversorgung sichergestellt, indem sie Lebensmittel, Wasser und

grundlegende Hygieneprodukte verteilt und medizinische Unterstützung gewährt hat. Die Gruppe wurde kürzlich aufgelöst, weil einige ihrer Mitglieder nicht mit der politischen Entscheidung einverstanden waren, nur Menschen aus drei Staaten den Übertritt der Grenze zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien zu erlauben. Einem der an dem Treffen teilnehmenden Freiwilligen, einem Niederländer, war es gelungen, dort sieben Container mit Spenden zu sammeln, nachdem er einen entsprechenden Aufruf im Internet gestartet hatte. Die Gesprächspartner meinten, sie müssten rasch Lösungen finden, damit die vielen Migranten nicht länger dem Hunger und den schlechten Wetterverhältnissen ausgesetzt seien und die nötige medizinische Versorgung erhielten. Die Vertreter betonten zudem, dass in Idomeni gegenwärtig nur Syrer, Iraker und Afghanen über die Grenze gelassen werden, da andere Mitgliedstaaten (wie Österreich) beschlossen haben, nur Menschen aus diesen Ländern aufzunehmen. Derzeit kämen in Idomeni jeden Tag Busse mit Migranten aus Athen und Kavala an, die weitab des Lagers parken müssten, an Orten, wo es keine Infrastruktur für die Durchreisenden gebe. Infolge dieses informellen Verfahrens werde die Infrastruktur, die an der Grenze errichtet worden war, fast gar nicht genutzt.

Die Migranten näherten sich der Grenze zu Fuß und erhielten unterwegs humanitäre Hilfe von verschiedenen NGO. Die Mitglieder sahen Schlangen von Flüchtlingen und Migranten, die darauf warteten, den Grenzbeamten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ihre Papiere zeigen und dann passieren zu dürfen. Unter ihnen waren zahlreiche Kinder. Die Grenzbeamten hielten häufig Personen unter dem Vorwand an, ihre Registrierungsdokumente seien nicht echt. Die abgelehnten Personen hatten keine Möglichkeit, Erklärungen abzugeben, sondern wurden von der Polizei sofort zurück zu den Bussen und dann wieder nach Athen gebracht.

Treffen mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM)

Die Delegation erfuhr, dass die IOM kürzlich ein neues Projekt für die sofortige Rückkehr gestartet hat, mit dem Migranten unterstützt werden, die sich freiwillig entschließen, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Es wurde betont, dass der Staat kein umfassendes und ganzheitliches Konzept für Migranten hat, denen es nicht gelingt, die Grenze zu überqueren. Die Zahl der Rückkehrwilligen sei sehr gering, da die Menschen trotz aller Hindernisse entschlossen sind, andere Wege nach Westeuropa zu finden.

Treffen mit Vertretern der NGO Praxis

Die NGO Praxis entsendet spezialisierte Sozialarbeiter nach Idomeni. Die Vertreter wiesen darauf hin, dass keine Zeit für die Unterstützung der Flüchtlinge besteht, da die Polizei den Flüchtlingen und Migranten nicht gestattet, im Lager zu bleiben, und sie zwingt, schnell weiterzuziehen. Die verteilten Hilfsgüter kommen vom Roten Kreuz, von Caritas Hellas und von anderen NGO.

Treffen mit dem UNHCR

Die UNHCR-Vertreter in Idomeni teilten mit, dass die Flüchtlinge, die die Grenze überqueren können, nach etwa 500 Metern Fußmarsch ein Lager in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien erreichen. Von dort können sie, sofern sie über Geld verfügen, mit dem Bus oder dem Zug nach Serbien weiterfahren, so sie nach einem Kilometer Fußmarsch zu einem weiteren Flüchtlingslager gelangen. Welche Möglichkeiten den Flüchtlingen und Migranten danach offenstehen, ist nicht

bekannt. Man habe Berichte, dass Flüchtlinge und Migranten, denen der Grenzübertritt in Idomeni nicht gelingt, es an anderer Stelle versuchen, etwa an der griechisch-bulgarischen oder der griechisch-albanischen Grenze oder in der Nähe von Idomeni in Richtung des Gebirges, wo es keine Grenzzäune gibt. Man glaube, die Prüfung der Staatsangehörigkeit an der Grenze entspreche nicht den UNHCR-Leitlinien und sei eine politische Entscheidung, die der Gefahr einer Verfolgung für den einzelnen nicht Rechnung trage.

Treffen mit einem Vertreter von "Ärzte ohne Grenzen"

"Ärzte ohne Grenzen" hat in Idomeni ein Flüchtlingslager für Migranten errichtet, das ursprünglich für 200 Menschen ausgelegt war, in dem bisher aber Tausende untergebracht waren. Das Land, auf dem das Lager errichtet wurde, gehört teils der Gemeinde, teils Privatpersonen. Die zuständigen Stellen verweisen darauf, dass dies Militärgelände sei, und lehnen eine Anerkennung als Flüchtlingslager ab. Deshalb werde auch kein Strom bereitgestellt. Es wurden auch chemische Toiletten und große Zelte zum Schutz vor Kälte und Regen aufgestellt. Allerdings werden die Flüchtlinge und Migranten gegenwärtig gezwungen, das Lager sehr schnell zu passieren, weshalb die Zelte nicht genutzt werden. Der Versuch, Land zu pachten, stieß bei den zuständigen Stellen auf Ablehnung.

Treffen mit einer Vertreterin der griechischen NGO "Greek Council for Refugees"

Eine Rechtsanwältin der NGO, die auf Asylrecht und Migration spezialisiert ist, ermittelt die besonders Schutzbedürftigen, die die Grenze nicht passieren dürfen, und erklärt den Beamten, warum deren Fälle erneut geprüft werden sollten. Für diejenigen, deren Rechtsdokumente gefälscht sein sollen, gibt es keine öffentliche Stelle in der Nähe, bei der sie ordnungsgemäße Papiere beantragen können. Sie müssen nach Athen oder Thessaloniki fahren und meist sogar zu den Orten in der Nähe der Türkei, an denen sie eingereist sind und zuerst registriert wurden. Dies koste viel Zeit und Kraft und sei eine erhebliche Geldverschwendung. Sobald entschieden wurde, dass Flüchtlinge nicht im Lager Idomeni bleiben dürfen, ist zweifelhaft, ob sie sich mit ihren juristischen Problemen wirklich an Vertreter des "Greek Council for Refugees" wenden können.

Treffen mit dem Büro des Bürgermeisters von Paionia im Rathaus von Polykastro

Die EWSA-Mitglieder wurden vom Bürgermeister begrüßt. Es wurde deutlich gemacht, dass das Lager in Idomeni illegal ist. Das größte Problem für den Bürgermeister sind Migranten, die in Griechenland bleiben werden und wegen der Krise und der Arbeitslosigkeit nicht integriert werden können. Der Bürgermeister hatte vorgeschlagen, das UNHCR solle drei Bereiche koordinieren: Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung sowie Verteilung. Das UNHCR lehnte jedoch ab, weil seine Rolle nur darin bestehe, den Staat zu unterstützen. Das Ministerium hat der Gemeinde 100 000 Euro bereitgestellt. Dies genüge allerdings nicht einmal, um die Reinigungsdienste in Idomeni zu gewährleisten. Der Bürgermeister hatte vorgeschlagen, die Busse weitab des Lagers zu stoppen. Der Bürgermeister wolle eine Volksküche für die ganze Gemeinde einrichten, das heißt nicht nur für die Migranten, sondern vor allem und besonders für die Bewohner der Gegend. Der Bürgermeister verlangt, dass bereits in Athen und nicht erst in Idomeni eine Vorauswahl getroffen wird, welche Personen die Grenze passieren dürfen. Der Bürgermeister hätte das Lager schließen können, hat dies aber aus humanitären Gründen bisher nicht getan. Es wurde deutlich, dass der

Bürgermeister sehr besorgt über die Situation ist und dass er sich in erster Linie für die Bürger der Gemeinde zuständig fühlt.

Schlussfolgerungen

1. **Keine effiziente Koordinierung dort, wo sie am nötigsten ist:** An beiden Orten, die besucht wurden, waren die nationalen Behörden entweder nicht präsent oder unterrepräsentiert und nicht in der Lage, für eine effiziente Koordinierung der Organisationen zu sorgen, die in unterschiedlicher Weise humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Migranten bereitstellen. Die Koordinierung, so unzureichend sie sein mag, obliegt den internationalen Organisationen wie dem UNHCR oder unterschiedlichen NGO und Vertretern der lokalen Gebietskörperschaften gemeinsam. Dies schafft Unsicherheit und hat negative Auswirkungen auf die Aufnahme von Migranten in Griechenland. Die EWSA-Mitglieder stellten fest, dass es keinen Notfalldienst gibt, der rund um die Uhr arbeitet. Darüber hinaus werden die Flüchtlinge in Idomeni daran gehindert, die Anlagen des eigens eingerichteten Lagers zu nutzen, dessen Status nach wie vor nicht geklärt ist. Gemeinden und Vertreter der nationalen Ebene sind ihrerseits nicht geübt darin, auf Notfälle zu reagieren.
2. **Das Umverteilungsprogramm wird nach wie vor kaum genutzt:** Zwar wurde vereinbart, dass 66 400 Flüchtlinge innerhalb von zwei Jahren aus Griechenland umgesiedelt werden, doch wurden bisher erst 30 Personen umverteilt. Dies liegt daran, dass die Mitgliedstaaten keine ausreichenden Zusagen machen. Sie nehmen nur Menschen aus einer sehr begrenzten Zahl an Ländern auf (Menschen, die eindeutig internationalen Schutz benötigen, also aus Staaten kommen, die eine sehr hohe Anerkennungsrate aufweisen, was internationalen Schutz betrifft: Syrien, Eritrea und Irak). Gleichzeitig befürchten die Flüchtlinge, dass sie am Ende in ein Land geschickt werden, in dem sie nicht integriert werden können.
3. **Mangel an humanitären Dienste zur Reaktion auf die Flüchtlingskrise:** Auf Lesbos ist nicht genügend gut ausgebildetes Personal zur Registrierung der Flüchtlinge und Migranten vorhanden. In Idomeni erfolgt weder eine Registrierung noch eine Überprüfung der Echtheit der Dokumente der Flüchtlinge durch Griechenland. Zudem fehlt es an medizinischem Personal, Lebensmitteln und Unterkünften. Lediglich NGO bemühen sich, solche Leistungen zu erbringen.
4. **Diskriminierung von Flüchtlingen auf Grund der Staatsangehörigkeit:** In Griechenland werden dreierlei Standards angewandt, je nach Staatsangehörigkeit, was zu einer willkürlichen Behandlung der Flüchtlinge führt. In Idomeni dürfen nur Syrer, Iraker und Afghanen die Grenze passieren. Dies wird als politische Entscheidung präsentiert, die nicht mit der Genfer Konvention von 1951 über den Flüchtlingsstatus konform ist, nach der eine solche Diskriminierung verboten ist. In Lesbos werden darüber hinaus auch Menschen aus anderen Ländern wie Eritrea und Sudan bevorzugt behandelt, d.h. schneller und effizienter registriert. Noch schlimmer ist jedoch, dass die Umsiedlungsmitgliedstaaten nur Flüchtlinge aus wenigen, ganz bestimmten Ländern akzeptieren, die eine hohe Anerkennungsrate in der EU aufweisen. Das UNHCR betonte, dass im Einzelfall beurteilt werden sollte, wer Anspruch auf internationalen Schutz hat, andernfalls besteht die Gefahr, dass Menschen, deren Leben in ihren Herkunftsländern gefährdet ist, von dem Schutz ausgeschlossen werden. In den

Stellungnahmen des EWSA wird die Position vertreten, dass davon ausgegangen werden sollte, dass Menschen zuallererst als Flüchtlinge zu betrachten sind.

5. **Frontex ist nur in begrenztem Maße präsent:** Frontex kann einen enormen Beitrag dazu leisten, Leben zu retten und Unterstützung bei der Registrierung von Migranten und Flüchtlingen zu leisten und deren Staatsangehörigkeit festzustellen. Leider hat die Agentur keine eigenen Ressourcen und ist deshalb in hohem Maße vom guten Willen der Mitgliedstaaten abhängig. An beiden Orten, die besucht wurden, wurde festgestellt, dass Frontex nicht genug Personal hat, um die griechischen Behörden bei der Registrierung der Migranten zu unterstützen.
6. **Kein klarer strategischer Plan für die Menschen, die keinen Anspruch auf internationalen Schutz haben:** Die Mitglieder erfuhren, dass es viele Menschen gibt, die versucht haben, Griechenland zu verlassen, was jedoch auf Grund ihrer Staatsangehörigkeit nicht möglich war, bzw. deren Asylantrag abgelehnt wurde. Diese Menschen sind in einer prekären Situation, sie versuchen verzweifelt, das Land zu verlassen, und sind deshalb einer wachsenden Ausbeutung und zunehmenden Kriminalität ausgesetzt.
7. **Kinderrechte sind gefährdet:** Unbegleitete Minderjährige werden mehrere Wochen inhaftiert, bis ein Platz in einem Kinderheim gefunden ist, und der Rechtsschutz ist begrenzt.
8. **Keine Registrierung und Folgemaßnahmen für Menschen, die die Grenze nach Westen passieren:** Da an den Grenzen zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien keine Registrierungsstellen existieren, ist nicht bekannt, ob die Flüchtlinge, die diese Grenze passiert haben, sicher in einen Mitgliedstaat gelangt sind bzw. wie sie unterwegs behandelt wurden.
9. **Flüchtlinge sind Übergriffen und Ausbeutung ausgesetzt:** Die prekäre Lage, in der sich die in Griechenland ankommenden Flüchtlinge befinden, macht sie anfällig für weitere Ausbeutung. Sehr häufig müssen sie mehr als der Durchschnittsgriechen für bestimmte Dinge wie Lebensmittel, Fahrtickets, Mobilfunkgebühren oder Hotelzimmer bezahlen. Mitunter werden sie von Personen angesprochen, die sich als Vertreter von NGO ausgeben, deren Motive aber unklar sind. Da es jedoch keine lokal agierende Behörde mit Gesamtbefugnis gibt, die die Flüchtlinge über ihre Rechte und die Verfahren informiert und an die sie sich wenden können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, werden sie letztlich Opfer von Übergriffen, Fehlinformationen und Ausbeutung.
10. **Der Flüchtlingsstrom wird nicht versiegen:** Die Mitglieder der Delegation stellten fest, dass alle Organisationen, die mit der Flüchtlingskrise zu tun haben, sowie die staatlichen Stellen und die Gemeinden betonten, dass der Flüchtlingsstrom wahrscheinlich nicht versiegen, sondern im nächsten Jahr voraussichtlich noch zunehmen wird.